

Eupen, den 07.12.2017

Wort der Parteien

Keine „Abnicker“!

Die Mehrheitskollegen stellen in ihrer Pressemitteilung vom 30. November die Tatsache, dass die Vivant-Fraktion an quasi keiner Arbeitsgruppe der Regierung teilnimmt, als Arbeitsverweigerung dar. Dies ist äußerst interessant, denn mit Arbeitsverweigerung hat unser Vorgehen rein gar nichts zu tun. Dies ist auch gar nicht möglich, denn in den Arbeitsgruppen wird kaum etwas erarbeitet, denn es wird lediglich das vorgestellt, was die Regierung zuvor beschlossen hat. Durch die sogenannte Konzertierung mit allen betroffenen gesellschaftlichen Akteuren soll lediglich der Eindruck entstehen, dass die Regierung ihre Politik nicht im Alleingang umsetzt. Doch genau das ist der Fall. Ja, das ein oder andere Komma darf sicher in diesen AGs noch hinzugefügt werden, doch grundsätzlich wird nicht von der schon vorher festgelegten Richtung abgewichen. Um dies bestmöglich zu verschleiern, finden dann unzählige Arbeitsgruppen statt. Später heißt es dann: "Wir haben mit allen Partnern geredet." Wen wundert es da, dass die Abgeordneten der Vivant-Fraktion sich nicht an solchen Pseudo-Arbeitsgruppen beteiligen. Wir sind nicht von unseren Wählern gewählt worden, um die Arbeit der Regierung abzunicken, sondern um aufzuklären, die Regierung zu kontrollieren und Alternativen aufzuzeigen - und das tun wir.

Was die Reaktion der Mehrheit auf unseren Antrag, die Aussprache über die Regierungserklärung zur Beschäftigungspolitik zu verlegen, betrifft, so verstehen wir eines nicht: Da die letzte Sitzung der AG Beschäftigung schon im Juni war, und diese Erklärung angeblich nur Dinge aufführt, die in den AGs besprochen wurden, wieso braucht die Ministerin dann 5 Monate, um ihre Regierungserklärung zu hinterlegen und wir Abgeordnete haben dann gerade einmal 100 Stunden, um darauf zu reagieren?

Ja, das ist nichts Neues, denn das ist das übliche Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition. Schon traurig, dass wir uns überhaupt gegen solche Zustände wehren müssen. Ist nicht das gesamte Parlament zur Kontrolle der Regierung verpflichtet? Und sollte das Parlament sich nicht aus ureigenem Interesse die besten Voraussetzungen dafür schaffen? Dies sieht die Mehrheit anscheinend anders.

Und womit hat die Mehrheit eigentlich ein Problem? Die gesamte Opposition, also auch die, die an den Sitzungen der Arbeitsgruppen teilgenommen haben, hatte doch nur darum gebeten, die Stellungnahme der Fraktionen auf eine spätere Sitzung zu verlegen. Ein einfaches „Ok“ der Mehrheitskollegen hätte niemanden einen Zacken aus der Krone gebrochen.

Alain Mertes